

***Es gilt das gesprochene Wort –
Sendesperrfrist: Redebeginn!***

Kurs halten für Wachstum und Beschäftigung

Rede von

***Arbeitgeberpräsident
Dr. Dieter Hundt***

BDA | Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände
Mitglied von BUSINESSEUROPE

Hausadresse:
Haus der Deutschen Wirtschaft
Breite Straße 29, 10178 Berlin

Briefadresse:
11054 Berlin

bda@arbeitgeber.de
www.arbeitgeber.de

T +49 30 2033-1800
F +49 30 2033-1805

Zweifelsohne sind die akuten Sorgen um die Entwicklung Europas das Thema der Stunde. Für die Lösung der Probleme hat niemand eine Blaupause in irgendeiner Schublade. Und wir haben es heute Morgen von kompetentester Seite erneut gehört: Es gibt eben nicht die eine Lösung der Schuldenkrise, sondern es gibt nur ein Bündel von Maßnahmen mit akuter Nothilfe unter Auflagen und langfristigen Konsolidierungszwängen für alle EU-Länder.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat die Politik der Bundesregierung in der Schuldenkrise uneingeschränkt unterstützt. Wir haben gemeinsame Stellungnahmen der Spitzenverbände zur Unterstützung initiiert und frühzeitig neue vertragliche Grundlagen für die Währungsunion eingefordert, um deren Konstruktionsmängel zu reparieren.

Wir haben das gemacht, obwohl auch in unseren Reihen an der einen oder anderen Maßnahme Zweifel bestehen. Aber in den letzten Monaten und Wochen ging es um die Abwägung von Risiken. Und ungeachtet aller kontroverser Diskussion über einzelne Maßnahmen und Bedingungen von Rettungsschirmen ging und geht es meines Erachtens um etwas Größeres:

Europa steckt in der schwersten Krise der Nachkriegszeit, und es ist unser Interesse als Deutsche und Europäer, dass Europa nicht auseinanderbricht.

Das war und ist für mich der entscheidende Gesichtspunkt, weshalb wir die Politik und das Vorgehen der Bundeskanzlerin in Europa uneingeschränkt unterstützt haben. Das war und ist ein schwieriger Weg mit immer neuen Problemen und Herausforderungen, und das wird uns ganz sicher noch erhebliche Zeit beschäftigen.

Die Bundeskanzlerin hat eine zentrale Führungsaufgabe in Europa mit größtem persönlichen Einsatz übernommen. Dafür sage ich namens der deutschen Wirtschaft Dank und Respekt.

Wir erlauben uns gelegentlich als Vertreter der Wirtschaft deutliche Kritik gegenüber der Politik. Dafür gab es leider auch in den letzten zwei Jahren viel Anlass. Aber wer Kritik übt, sollte sich zunächst fragen, was er selbst zur Lösung der Probleme und zur Bewältigung der Herausforderungen beitragen kann. Das gilt natürlich erst recht für uns als Arbeitgeberverbände und Tarifpartner.

Ich nehme für uns in Anspruch, dass wir mit einer nachhaltigen, seit vielen Jahren modernisierten und flexibilisierten, differenzierten Tarifpolitik entscheidend zur Verbesserung unserer Wettbewerbsfähigkeit beigetragen haben. In der Krise haben wir Beschäftigung gesichert, und ich sage ausdrücklich meinen Respekt gegenüber den Gewerkschaften, denn wir konnten schließlich diese Tarifpolitik nur gemeinsam ermöglichen.

Der Erfolg kann sich sehen lassen: Unternehmen in Deutschland haben in den letzten beiden Jahren über eine Million neue, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen. Bei der Erwerbstätigkeit bewegen wir uns mit mehr als 41 Millionen auf Rekordniveau. Die Arbeitslosenzahl liegt in Deutschland mit 2,7 Millionen heute so niedrig wie seit fast 20 Jahren nicht mehr.

Die wirtschaftliche Lage ist gut, und die Arbeitnehmer sollen und müssen daran teilhaben.

Wir haben in diesem Jahr deutliche Tariferhöhungen vereinbart. Die meisten Tariferhöhungen liegen bei drei Prozent, in wichtigen Industriebranchen mit besonders guter wirtschaftlicher Situation sogar bei über vier Prozent. Im zweiten Quartal sind die Bruttolöhne laut Statistischem Bundesamt um durchschnittlich 4,1 Prozent gestiegen, im verarbeitenden Gewerbe sogar um 7,3 Prozent. Darin schlagen sich natürlich nicht allein die Tariferhöhungen nieder. Vor allem die Arbeitszeitvolumina werden fast überall wieder voll ausgeschöpft, und viele Arbeitnehmer erhalten Sonderzahlungen oder Zuschläge.

Mehr Beschäftigte denn je, deutlich gestiegene Einkommen, das ist mir wichtig: Wenn es dem Unternehmen gut geht, muss es auch seinen Arbeitnehmern gut gehen! Diese angeblich veraltete Maxime hat für mich unverändert Gültigkeit.

Die Differenziertheit der Tarifabschlüsse in diesem Jahr zeigt, dass die Tarifpartner nach wie vor mit großer Vernunft und Augenmaß vorgehen. Die Branchenkonjunktoren sind zu unterschiedlich, um alle Branchen und Unternehmen über einen Kamm zu scheren. Wo es nicht so gut läuft, sind auch sehr moderate und zurückhaltende Lohnabschlüsse mit zwei Prozent oder sogar darunter vereinbart worden. Die Tarifpartner wissen gemeinsam: Nur differenzierte, produktivitätsorientierte Lösungen für die einzelnen Branchen und Betriebe können unsere Wettbewerbsfähigkeit und unsere Arbeitsplätze langfristig sichern.

Ich kann mich nur wundern, was in letzter Zeit an diesem deutschen Jobwunder, an diesem Boom auf dem Arbeitsmarkt herumgemäkelt wird. Da wird von prekären Arbeitsverhältnissen geredet, von Ausbeutung durch Niedriglöhne, Befristungen, Teilzeit und Zeitarbeit. Es wird das Bild eines wachsenden Prekariats mit Verelendungstendenzen in einem Land gezeichnet, in dem fast jeder dritte Euro der gesamten Wirtschaftsleistung dem sozialen Ausgleich und der Finanzierung sozialer Leistungen dient. Das sind unglaubliche Zerrbilder, die mit der Realität in unseren Betrieben nichts zu tun haben.

Da wird behauptet, in Deutschland würde das Lohnniveau immer weiter absinken. Das Gegenteil ist richtig. Der durchschnittliche Stundenlohn liegt bei 21 Euro brutto – das haben nicht wir ermittelt, sondern das Sta-

tistische Bundesamt. Und die durchschnittlichen Löhne steigen kontinuierlich, besonders stark in diesem Jahr.

Wir Arbeitgeber in Deutschland brauchen uns wirklich nicht nachsagen zu lassen, dass wir zu wenig für unsere Arbeitnehmer zahlen. In keinem Land der Welt liegen die Arbeitskosten für einen Durchschnittsverdiener so hoch wie bei uns. Auch das haben nicht wir ermittelt, sondern das sind die aktuellen Zahlen der OECD.

Da wird behauptet, immer mehr Arbeitnehmer in Deutschland würden in prekäre Beschäftigung abgleiten. Wahr ist: Der Arbeitsmarkt für einfache Tätigkeiten wächst, aber das geht eben gerade nicht zu Lasten höher entlohnter qualifizierter Beschäftigung. Es bedeutet vielmehr für viele Langzeitarbeitslose mit geringer oder keiner Qualifikation die Chance auf den Einstieg in Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe.

Da wird behauptet, die befristeten Arbeitsverhältnisse in unserem Lande nähmen immer mehr zu, und es wird der Eindruck erweckt, als ob es in Deutschland ein Heer von Tagelöhnern gäbe. Ein absolutes Zerrbild:

Der Anteil der befristeten Arbeitsverhältnisse liegt seit Jahren stabil bei zehn Prozent.

Über die Hälfte aller befristet Beschäftigten wird in Dauerarbeitsverhältnisse übernommen, und die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit ist laut OECD in den letzten zehn Jahren um über zehn Prozent auf heute gut elf Jahre gestiegen.

Die Dauer der Beschäftigungsverhältnisse hat sich also verlängert und nicht etwa verkürzt!

Da wird plötzlich sogar Teilzeit als prekäre Arbeit hingestellt. Ja, in Deutschland nimmt Teilzeit zu. Die Politik hat das ausdrücklich von der Wirtschaft gefordert und sogar gesetzliche Rechtsansprüche auf Teilzeit geschaffen. Viele Frauen wollen Teilzeit arbeiten, weil sie dann Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren können, und viele Betriebe entsprechen diesen Wünschen, auch um die Beschäftigten zu halten. Was ist daran prekär?

Da wird der Eindruck erweckt, wir hätten in Deutschland eine Armada von Zeitarbeitnehmern. Ein absolutes Zerrbild. Die Wahrheit ist:

Lediglich zwei Prozent aller Erwerbstätigen sind in dieser Branche beschäftigt – viel weniger als in anderen europäischen Ländern. Die Metall- und Elektroindustrie zum Beispiel hat in den letzten zwei Jahren dreimal so viel zusätzliche, neue Stammarbeitsplätze geschaffen wie Zeitarbeiter beschäftigt.

Es ist nachweislich falsch, dass Zeitarbeitnehmer Stammarbeitskräfte verdrängen. Das Gegenteil ist richtig. Die Zahl der Stammarbeitnehmer steigt in den Betrieben, die Zeitarbeitnehmer einsetzen, sogar überdurchschnittlich. Das war vor der Krise so, und das ist nach der Krise bei anziehender Beschäftigung wieder so.

Stammarbeitnehmer zu entlassen und durch Zeitarbeit zu ersetzen, das wäre Missbrauch, den wir bekämpfen. Deshalb haben wir sofort nach Bekanntwerden des Falles Schlecker solchen Missbrauch für die Zukunft durch Tarifvertrag ausgeschlossen.

Zeitarbeit ist für uns entgegen böswilligen Unterstellungen kein Instrument zur Lohndrückerei. Wir wollen die Zeitar-

beit als Flexibilitätsinstrument sichern und deshalb vernünftige tarifvertragliche Regelungen.

In der Zeitarbeit kommen nahezu flächendeckend Tarifverträge mit den DGB-Gewerkschaften zur Anwendung.

Wir haben gemeinsam mit den Gewerkschaften flächendeckende Mindestlohn-Tarifverträge vereinbart.

Und ich bin überzeugt, wir finden mit den Gewerkschaften auch einen Konsens in der künftigen Bezahlung der Zeitarbeit mit einer stufenweisen Anpassung an equal pay. Allerdings können wir einem Mitarbeiter, der nur für ein paar Monate in der Firma ist, nicht denselben Lohn zahlen wie einer erfahrenen Stammkraft, die seit Jahren der Belegschaft angehört.

Die Arbeitgeberverbände der Zeitarbeit haben mit allen DGB-Gewerkschaften Tarifverträge mit einer Laufzeit bis Ende 2013 vereinbart. Wir bieten den Gewerkschaften an, vorzeitig, bereits zwei Jahre vor Ablauf dieser Tarifverträge, Verbesserungen für die Zeitarbeitnehmer zu vereinbaren.

Ich kann mir vorstellen, dass wir differenziert mit Branchenzuschlägen eine stufenweise Heranführung an vergleichbare Löhne der Stammarbeitnehmer vereinbaren, so wie das in ersten Tarifverträgen schon geschehen ist.

Die Tarifpartner können so etwas besser gestalten, als der Gesetzgeber es jemals regeln könnte. Ich appelliere deshalb an die Gewerkschaften, das Angebot der Arbeitgeberverbände der Zeitarbeit zu vorzeitigen Tarifverhandlungen jetzt anzunehmen.

Mit Verwunderung verfolgen wir die erneute Diskussion über gesetzliche Mindestlöhne in unserem Lande. Wir, die Arbeitgeberverbände, treten für Mindestlöhne ein, nämlich für tarifvertraglich vereinbarte Löhne.

Unsere Betriebe, die wir als Arbeitgeberverbände vertreten – das sind fast eine Million Betriebe –, sind von dieser Mindestlohndiskussion unmittelbar überhaupt nicht betroffen. Und immerhin werden nach Ermittlung der Bundesagentur für Arbeit 80 Prozent der Arbeitnehmer in Deutschland nach Tariflohn bezahlt.

Aber es stimmt, es gibt Bereiche, in denen keine tariflichen Mindestlöhne gelten. Um dort Mindestlöhne einführen zu können, wurde vor etwas mehr als zwei Jahren unter einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung das Mindestarbeitsbedingengesetz novelliert. Danach können Lohnuntergrenzen festgesetzt werden, wenn soziale Verwerfungen nachgewiesen werden. Anträge kann die Bundesregierung, jede Landesregierung und jede Gewerkschaft stellen. Bisher hat es erst einen einzigen Antrag seitens einer Gewerkschaft gegeben, und der nach dem Gesetz zuständige Ausschuss hat einstimmig mit den Stimmen aller Gewerkschaftsvertreter, der Arbeitgeber und der Wissenschaft festgestellt, dass keine soziale Verwerfung vorliegt. Ich frage mich, was jetzt eine neue Kommission für Lohnuntergrenzen soll und warum die bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten nicht ausreichen.

Wer stattdessen einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn will, der sollte allerdings einen Blick in die Nachbarländer werfen, die solche gesetzlichen Mindestlöhne eingeführt haben.

Alle Länder mit einheitlichen gesetzlichen Mindestlöhnen haben eine dramatisch höhere Jugendarbeitslosigkeit als wir in Deutschland. Wer über Mindestlöhne von 7,80 Euro oder gar 8,50 Euro redet, muss wissen, dass Langzeitarbeitslose oder Menschen, die noch nie gearbeitet haben und keinerlei Ausbildung haben, zu solchen Löhnen dann kaum einen Einstieg in Arbeit finden können.

Wir haben tausendfach in Tarifverträgen mit zwingender Wirkung für unsere Mitglieder Mindestlöhne vereinbart. Wir haben in zahlreichen Branchen zur Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge beigetragen. Aber das alles sind tarifliche Mindestlöhne, bei denen durch unsere Mitwirkung gewährleistet ist, dass sie nicht den Einstieg in Arbeit erschweren und Arbeitsplätze vernichten.

Deshalb ist es auch Unfug, wenn manche jetzt meinen, weil diese von uns vereinbarten Mindestlöhne sich offenbar als unschädlich für den Arbeitsmarkt erwiesen haben, dass dann doch gleich ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn geschaffen werden kann. Was in angemessener Dosierung im Einzelfall sinnvoll sein kann, kann in höherer Dosierung dem gesamten Arbeitsmarkt sehr wohl schaden.

Deshalb mein dringender Appell: Überlassen Sie Mindestlöhne den Tarifpartnern – die kennen sich damit aus. Aber keine Experimente mit einem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn!

Es ist erst 17 Monate her, dass das Bundesarbeitsgericht wegen fehlender gesetzlicher Grundlage die Tarifeinheit aufgegeben hat. Schneller als befürchtet stellen sich die Gefahren und auch schon erste Schäden ein. Aber noch immer hat die Bundesregierung nichts unternommen, um die Tarifeinheit wiederherzustellen.

Die ersten tarifeinheitswidrigen Streiks haben wir in diesem Jahr erlebt:

Die Privatbahnen im regionalen Schienenverkehr haben nach einer heftigen Tarifaufeinandersetzung und Schlichtung mit der Mehrheitsgewerkschaft einen Tarifvertrag für alle Arbeitnehmer ihrer Betriebe abgeschlossen.

Die Arbeitgeber wollten mit allen Gewerkschaften verhandeln; die GDL, die nur einen kleinen Teil der Belegschaft vertritt, hat sich jedoch verweigert. Der Schlichter, der frühere SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck, hat die GDL aufgefordert, an dem Schlichtungsverfahren teilzunehmen. Die GDL hat sich geweigert.

Kaum war die Schlichtung beendet, der Tarifvertrag mit der Mehrheitsgewerkschaft EVG unterschrieben, hat die GDL ihren Arbeitskampf gestartet. Einige wenige Lokführer legten ein Unternehmen nach dem anderen im privaten Schienenverkehr lahm. So wurden 15 Unternehmen nach und nach bestreikt, obwohl es einen laufenden Tarifvertrag mit kräftigen Lohnerhöhungen für alle Arbeitnehmer der bestreikten Betriebe gab. Einige Unternehmen wurden vier Tage bestreikt, andere über 100 Tage!

Das genau ist das Muster, die Blaupause, für Sparten-gewerkschaften, wenn der Gesetzgeber nicht endlich handelt:

- Weigerung, an Tarifverhandlungen und Schlichtung teilzunehmen;

- aber kaum ist der Tarifvertrag mit der Mehrheitsgewerkschaft abgeschlossen, neuer Arbeitskampf der Spartengewerkschaft für einen kleinen Teil der Belegschaft.

Eine solche Eskalation ist das Gegenteil funktionierender Tarifpartnerschaft, wie sie unser Grundgesetz fordert und schützt. Ja, sie führt letztlich zur Zerstörung der Tarifautonomie!

Die Bundeskanzlerin hat vor einem Jahr hier auf dem Arbeitgebertag zur Tarifeinheit erklärt – ich zitiere wörtlich: „Ich persönlich bin davon überzeugt, dass es eine Regelungsnotwendigkeit gibt. Ich bin auch davon überzeugt, dass man nicht warten sollte, bis die Tariflandschaft erst richtig zersplittert ist.“ Ende des Zitats. Und die Bundeskanzlerin hat bei gleicher Gelegenheit vor „Rosinenpickerei“ durch Spartengewerkschaften gewarnt.

Ich kann nur sagen: Die Kanzlerin hatte vor einem Jahr Recht. Und was vor einem Jahr schon richtig war, gilt auch heute noch – nach den Erfahrungen der letzten Monate sogar umso mehr: Rosinenpickerei von Spartengewerkschaften zerstört die Tarifautonomie, und es darf nicht erst gehandelt werden, wenn es zu spät ist!

Es haben sich in den letzten anderthalb Jahren neue Spartengewerkschaften gegründet

- für Feuerwehren,
- für Dienstleister im Krankenhausbereich,
- für Techniker in der Luftfahrt,
- und wir wissen von weiteren Initiativen und Gründungsvorbereitungen.

Die bisherige Untätigkeit des Gesetzgebers ist eine Anstiftung für Spartengewerkschaften, unser Tarifsysteem zu zerlegen und letztlich zu zerstören.

Deshalb: Ich fordere die Regierung auf, endlich zu handeln und nicht zu warten, bis es zu spät ist!

Die Koalition hat zu Beginn der Legislaturperiode mehr Netto vom Brutto angekündigt.

Anders als bei der Tarifeinheit habe ich Verständnis dafür, dass die Koalition dieses Thema lange vor sich hergeschoben hat. Denn es ist ja richtig, dass Steuer-senkungen sich nicht vollständig von selbst finanzieren und mindestens kurzfristig die öffentlichen Haushalte belasten.

Das kleine Steuerpaket, auf das sich die Koalition vor zwei Wochen verständigt hat, ist deshalb auch in Ordnung. Die Anhebung des Grundfreibetrages ist ohnehin verfassungsrechtlich zwingend, und mit der Anpassung des Tarifverlaufs wird die kalte Progression etwas eingeschränkt, durch die bei jeder Lohnerhöhung die Steuer überproportional erhöht wird.

Die BDA hat bewusst darauf verzichtet, in der jetzigen Situation eine große Steuerreform zu verlangen. Wir wissen, dass die Spielräume dafür nicht vorhanden sind. Die Sanierung der öffentlichen Haushalte muss Vorrang haben.

Was aber auch nicht geht, ist das glatte Gegenteil, nämlich die Steuern kräftig zu erhöhen. Was die SPD vor

kurzem vorgeschlagen hat, ist eine dramatische Steuererhöhung zu Lasten von Wachstum und Arbeitsplätzen. Vor allem Personenunternehmen werden mehr belastet, wenn der Einkommensteuersatz wieder auf bis zu 49 Prozent erhöht und die Vermögenssteuer wieder eingeführt werden soll. Der Plan der SPD bedeutet, dass ein Personenunternehmen auf einen Euro Gewinn bis zu 82 Cent Steuern zahlen muss: 49 Prozent Einkommensteuer, drei Prozent Soli und dazu noch bis zu 30 Prozent für die neue gewinnabhängige Vermögenssteuer der SPD.

Wer so etwas plant, der will die Personenunternehmen offenbar in die Besteuerung als Kapitalgesellschaft zwingen und hat mit Personenunternehmen wenig am Hut. Der weiß entweder nicht oder will nicht, dass wir in Deutschland weiter einen Mittelstand haben mit starker Eigenkapitalbasis, der investieren kann und der Gewinne braucht, um Arbeitsplätze zu erhalten. Wirtschaftskompetenz sieht anders aus. Ich bin gespannt, was Herr Steinbrück uns heute Nachmittag zu diesen SPD-Plänen sagen wird.

Mehr noch als Unternehmenssteuern müssen wir als Arbeitgeber Sozialbeiträge zahlen. Und bei den Arbeitnehmern ist es ähnlich. Auch sie werden durch die Sozialbeiträge im Schnitt stärker belastet als durch die Lohnsteuer.

Es sind deshalb vor allem die Sozialbeiträge, die dafür sorgen, dass bei einem Durchschnittsverdiener heute netto gerademal die Hälfte von dem ankommt, was ein Arbeitgeber für ihn aufwenden muss.

Dieser Abgabenkeil zwischen Arbeitskosten und Nettolohn ist in Deutschland größer als in fast allen anderen Ländern weltweit.

Wir werden das nachhaltig nur dann ändern können, wenn wir unsere Sozialversicherungssysteme nicht weiter einseitig über die Löhne finanzieren. Genau dabei sind wir aber in dieser Legislaturperiode bislang nicht vorangekommen. Im Gegenteil: Aller Voraussicht nach werden die Beitragssätze am Ende dieser Legislaturperiode sogar höher liegen als zu Beginn. Selbst wenn die Beiträge zur Rentenversicherung abgesenkt werden, wird diese Entlastung durch den Anstieg der Beitragssätze in der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung mehr als aufgehoben. Ich finde das sehr enttäuschend. Eigentlich hätten die Beitragssätze insgesamt kräftig sinken müssen, weil die unerwartet gute Arbeitsmarktlage doch in den Sozialversicherungen für sprudelnde Beitragseinnahmen sorgt.

Aber offenbar gilt in der Sozialversicherung diese Logik nicht. Im Gegenteil: Die Entwicklung der Beitragseinnahmen steht offenbar sogar in einem umgekehrten Verhältnis zur Bereitschaft der Politik, die Ausgaben zu begrenzen und langfristig unvermeidliche Veränderungen anzugehen.

Zu Recht hat der Sachverständigenrat der Bundesregierung vor zwei Wochen die „Nachlässigkeit bei Reformen“ in der Sozialversicherung kritisiert.

Wir kennen das übrigens auch aus unseren Unternehmen: Die schlimmsten Fehler werden in guten Jahren gemacht. Weil man es sich vermeintlich leisten kann, werden Strukturveränderungen, an denen auf Dauer

kein Weg vorbeiführt, unterlassen oder zumindest verschoben.

Auch die Politik weiß, dass es in der Sozialversicherung kein Durchwursteln geben kann. Es sind zwar erste Korrekturen, etwa in der Rentenversicherung, erfolgt. Aber der demographische Wandel erfordert weitere Anpassungen, weil es sonst einen massiven Anstieg der Beitragssätze geben wird.

Wir müssen wegkommen von der einseitig lohnbezogenen Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung. Wir brauchen eine Gesamtlösung, um die umlagefinanzierte Sozialversicherung durch Kapitaldeckung zu ergänzen. Und wir müssen vor allem durch mehr Wettbewerb dafür sorgen, dass die Beitragsmittel in der Sozialversicherung effizienter eingesetzt werden. Wir – die Arbeitgeberverbände – haben für alle Zweige der Sozialversicherung umfassende Konzepte vorgelegt und gezeigt, wie ein solcher Umbau funktionieren kann.

Ein solcher Umbau lässt sich nicht mit Klein-klein machen – an der einen Stelle vorübergehend Beiträge etwas senken, an anderen Stellen Beiträge dauerhaft erhöhen oder ein paar neue Anreize zur Vorsorge. Was nötig wäre, sind echte Großprojekte. Ich hoffe sehr, dass die Koalition doch noch die Kraft findet, sie anzugehen. Die Legislaturperiode hat gerade Halbzeit. Fußballspiele werden in der zweiten Halbzeit entschieden, und da muss doch noch mehr gehen, als wir bisher gesehen haben!

Die deutsche Wirtschaft ist in einer guten Verfassung. Unser Land hat die Kraft, alle Herausforderungen für die Zukunft zu meistern:

- Europa zusammenhalten,
- die öffentlichen Haushalte sanieren,
- Wohlstand und soziale Sicherung nicht länger auf Pump versprechen,
- unsere Wettbewerbsfähigkeit sichern, unsere technologischen Spitzenleistungen ausbauen
- und wenn es den Unternehmen gut geht, dafür sorgen, dass es auch weiterhin den Arbeitnehmern gut geht:

Das sollte uns gemeinsam gelingen!

Zur offenen Gesellschaft und parlamentarischen Demokratie gehören Streit und Diskurs. Aber gelegentlich die gemeinsamen Ziele stärker zu betonen, um gemeinsam die Herausforderungen der Zukunft zu bestehen, das täte unserem Land sehr gut.

Vielen Dank!

Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin, ich heiße Sie auf dem Deutschen Arbeitgebertag 2011 herzlich willkommen und freue mich, dass Sie nun zu uns sprechen.